

Stadtverordnetenversammlung Ober-Ramstadt, Darmstädter Str. 29, 64372 Ober-Ramstadt

In Sorge um den Farbenstandort Ober-Ramstadt fasst die Stadtverordnetenversammlung von Ober-Ramstadt folgende Resolution:

Die Ziele der „Strategie für eine zukünftige Chemikalienpolitik“ der EU-Kommission werden nachdrücklich unterstützt. Die politisch Verantwortlichen in Ober-Ramstadt halten aber eine Neubewertung mit Blick auf die Umsetzung der geplanten EU-Chemikalienpolitik im Sinne der Lissabonstrategie für dringend erforderlich.

Exemplarisch seien hier genannt:

- Abkehr von einem mengenmäßigen System hin zu einem auf das Risiko bezogenen System, in dem die Exposition der Stoffe die entscheidende Rolle spielt
- Rezepturschutz, um das Know-how der Firmen zu sichern, deshalb keine Offenlegung aller Rezepturbestandteile
- Keine überzogenen Untersuchungsanforderungen für bekannte (ungefährliche) Altstoffe
- Vermeidung des Wettbewerbsnachteils gegenüber außereuropäischen Mitbewerbern und damit Verhinderung von weiteren Firmenabwanderungen ins außereuropäische Ausland
- Vermeidung unnötigen bürokratischen Ballastes

Die Gesetzesinitiative gefährdet Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze, Innovation und Investitionen an europäischen Standorten nachhaltig. Die vorgeschlagenen Regelungen beeinträchtigen in erheblichem Umfang die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen chemischen Industrie und führen auch bei den Anwenderindustrien zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen. Auch Zulieferer der chemischen Industrie werden von den Auswirkungen dieser Politik nicht verschont bleiben.

Es muss befürchtet werden, dass bereits die derzeitige Diskussion über die überzogene EU-Chemikalienpolitik Investitionsentscheidungen negativ beeinflusst und Investitionen - gerade auch in innovative Technologien - am europäischen Wirtschaftsraum vorbei gelenkt werden.

Ohne die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung, der Mitarbeiter in der chemischen Industrie und in den Anwenderindustrien sowie die Belange des Umweltschutzes in Frage zu stellen und in Übereinstimmung mit den Zielen der EU-Chemikalienpolitik, fordern wir die Bundes- und Landesregierung und alle aus dem Kreis Darmstadt-Dieburg kommenden Abgeordneten des Bundes- und des Hessischen Landtages sowie die hessischen Europaabgeordneten auf, sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für eine

- praktikable,
- möglichst unbürokratische,
- effizient zu realisierende und verbraucherfreundliche EU-Chemikalienpolitik,
- die nicht zu Wettbewerbsnachteilen für die europäische Industrie und insbesondere für den Farbenstandort Ober-Ramstadt führt,

einzusetzen.

Ober-Ramstadt, den 25. Februar 2005